



Vor einer ungewissen Zukunft steht die JobCenter ARGE, die Dortmunder Arbeitlose betreut, da die CDU einer notwendigen Reform Steine in den Weg legt. Foto: Schmitz

Sorge um Zukunft der ARGE

Rückfall in alte Zeiten droht: SPD kämpft für Service für Arbeitslose

Unsicher ist die Zukunft der JobCenter ARGE, welche Langzeitarbeitslose betreut. Denn das Bundesverfassungsgericht hat die Arbeitsgemeinschaft als Mischverwaltung der Kommunen und Arbeitsagentur für verfassungswidrig erklärt.

Und das, nachdem nach anfänglichen Startproblemen die ARGE gut funktioniert. Bundesregierung und Bundestag sind deshalb aufgefordert, bis Ende 2010 eine neue rechtssichere Konstruktion der JobCenter in ganz Deutschland zu finden. Dazu hatte Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) eine Grundgesetzänderung und ein Organisationsgesetz vorgeschlagen.

Die JobCenter sollten zukünftig in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts geführt werden. Damit wäre sichergestellt, dass sie in der bisherigen Form weiterarbeiten können. Die Kundinnen und Kunden der JobCenter hätten auch zukünftig unbürokratisch Leistungen nach dem SGB II bekommen. Die Mitarbeiter wären

als kommunale Beschäftigte in den JobCentern ebenfalls abgesichert. Doch diesen Plänen hat die CDU-Bundestagsfraktion eine Absage erteilt. Sie will keine Grundgesetzänderung und kein Organisationsgesetz.

Deshalb droht jetzt ein Rückfall in alte Zeiten, als hilfesuchende Menschen mehrere Stellen aufsuchen mussten, um Leistungen zu beantragen und



Vermittlungsangebote zu nutzen. Die CDU lässt die Reform der JobCenter scheitern, weil sie Machtspielen auf Kosten der arbeitslosen Menschen und der Beschäftigten der JobCenter betreiben will. Sie bringt eine hochwertige Dienstleistung aus einer Hand in Gefahr. So rückt die Reform der JobCenter in weite Ferne und dürfte vor der Bundestagswahl im September fast unmöglich sein.

„Die JobCenter ARGE Dortmund steht vor einer ganz un-

gewissen Zukunft“, kritisiert Michael Taranczewski, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und Mitglied im Trägerschuss der JobCenter ARGE, die Haltung der CDU-Bundestagsfraktion. „Einen großen Anteil am bisherigen Erfolg der JobCenter ARGE Dortmund kommt den kommunalen Beschäftigten zu, die ihr bewährtes Wissen aus der alten Sozialverwaltung dort einbringen und sich auf eine Personalzuweisung in diese neue Verwaltungsform eingelassen haben. Nicht auszudenken, wenn sich diese Mitarbeiter wegen der unsicheren Lage der JobCenter jetzt beruflich neu orientieren. Die Verantwortlichen für diesen Vertrauensverlust bei den Beschäftigten sind bei der CDU zu suchen.“

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt fragt sich, wie sich wohl der Dortmunder CDU-Bundestagsabgeordnete Erich Fritz bei der Abstimmung in dieser Frage in der CDU-Bundestagsfraktion verhalten hat. Wenn er seiner Fraktion gefolgt sein sollte, hat er den Arbeitslosen in Dortmund einen großen Schaden zugefügt.

Weg frei für neue Rettungswachen

CDU verweigert Zustimmung für neue Rettungsfahrzeuge und Wachen

Was lange währt, wird endlich gut! Das gilt wohl erst recht für den neuen Rettungsdienstbedarfsplan der Stadt, der vom Rat mit den Stimmen der SPD-Fraktion beschlossen wurde.

Damit ist endlich der Weg frei für zwei neue Rettungswachen im Dortmund Westen, neue Rettungsfahrzeuge und -technik. Seit Wochen hatte die SPD-Fraktion im Rat um Mehrheiten für den neuen Rettungsdienstbedarfsplan geworben. Eigentlich sollten die Neuregelungen bereits in der Ratssitzung im Dezember beschlossen werden. Die CDU-Fraktion hatte jedoch die Verwaltungsvorlage immer wieder in Frage gestellt. Zugleich wollte die CDU-Fraktion den Rettungsdienst privatisieren und das Arbeitsfeld der Hilfsorganisationen beschneiden. Bislang unterhält die Stadt zusammen mit den vier Hilfsorganisationen 17 Rettungsfahrzeuge, 11 Krankentransportwagen und fünf Notarztwagen an 15 Wachenstandorten. Damit war im Prinzip sichergestellt, dass in 90 Prozent der Fälle in 8 Minuten ein Einsatzfahrzeug vor Ort war.

Durch den Neubau der zwei Rettungswachen kommt die



Zwei neue Rettungswachen, neue Rettungsfahrzeuge und Rettungstechnik sichern die Notfallversorgung der Dortmunder Bürger. Foto: Stefan Quinting

Stadt diesem Ziel ein gutes Stück näher. Versorgungslücken werden geschlossen und der Rettungswagen eines privaten Anbieters überflüssig. Damit kann der Rettungsdienst sogar um 320000 Euro für das 18. Rettungsfahrzeug entlastet werden.

Die CDU-Fraktion wollte trotzdem an den Rettungsdienstleistungen des privaten Anbieters zu Lasten der Hilfsorganisationen festhalten. Ein klarer Schlag ins Gesicht der über 800 Mitarbeiter der Hilfsorganisationen! Damit wollte die CDU-Fraktion auch den Rettungsdienst unter das Motto „Privat vor Staat“ stellen. Die SPD-Fraktion setzt weiter auf die hervorragende Kooperation der Feuerwehr mit den Hilfsorganisationen. Gerade der Einsatz der

ehrenamtliche Kräfte, die gut ausgebildet und uneigennützig anpacken, ist unverzichtbar.

Feuerwehr und Hilfsorganisationen bilden auch im Katastrophenschutz ein integriertes Hilfesystem, in dem man schon jahrelang „Hand in Hand“ arbeitet. Die SPD-Fraktion hat damit unter Beweis gestellt: Ihr sind Ehrenamt und öffentliche Sicherheit sehr wichtig!

Zitat des Monats

„Wir glauben an Dortmund.“

(Peter Melerski, Regionalvorstand der Unternehmensberatungsfirma Ernst & Young)

Dortmund vergibt zusätzliche Bauaufträge für 78 Mio. Euro

Konjunkturpaket soll heimische Unternehmen stärken und Arbeitsplätze retten

Das Konjunkturpaket II, mit dem die Stadt Dortmund 78 Mio. Euro für zusätzliche Bau- und Sanierungsmaßnahmen erhält, kann jetzt umgesetzt werden. Der Rat hat grünes Licht für die vorläufige Maßnahmenliste gegeben.

Friedhelm Sohn, der für die SPD-Fraktion im Rat Stellung genommen hat, freut sich besonders über ein eher seltenes Ereignis: Bei der Umsetzung des Konjunkturpakets II konnte Einvernehmen über alle Parteigrenzen hinweg erzielt werden.

Noch wenige Tage zuvor hatten sich die freien Träger und Verbände wie Arbeiterwohlfahrt, Diakonisches Werk, Caritas, die Kirchen und freie Initiativen zu Wort gemeldet und Geld aus dem Programm zur Sanierung ihrer Einrichtungen für sich reklamiert.

„Und damit hatten sie völlig Recht“, so Friedhelm Sohn in der entscheidenden Ratssitzung. „Die freien Träger übernehmen seit Jahrzehnten wichtige soziale Aufgaben in unserer Stadt. Deshalb müssen sie gleichberech-

tigt mit den städtischen Einrichtungen behandelt werden.“

Die Verwaltung hatte zuvor zahlreiche städtische Maßnahmen und Projekte aufgelistet, nach verschiedenen Kriterien bewertet und auf schnelle Umsetzung hin untersucht, um unverzüglich mit der Auftragsvergabe beginnen zu können. Immerhin soll die Hälfte der Maßnahmen bereits in diesem Jahr umgesetzt sein.

Doch der SPD-Fraktion lag viel daran, die Anträge freier Träger angemessen zu berücksichtigen. Auch sollten die zwölf Bezirksvertretungen Gelegenheit zur Bewertung und Nachsteuerung haben. In einem beispiellosen Kraftakt mit zahlreichen Sondersitzungen konnte erreicht werden, dass dem Rat alle noch ausstehenden Anträge vorlagen und beschlossen werden konnten.

Allerdings kletterte so die Summe der Maßnahmenwünsche auf 160 Mio. Euro, und ist damit mehr als doppelt so hoch, wie die zur Verfügung stehenden Mittel. Aus dieser Maßnahmenliste wird beim Vorliegen der exakten Ausführungsbestimmungen die endgültige Auswahl der



Hier baut die Stadt: Diese Schilder sind in Dortmund demnächst noch öfter zu sehen.

Projekte getroffen. „Es werden dann zwar einzelne Wünsche nicht berücksichtigt werden können“, erläutert Friedhelm Sohn, „aber das Auswahlverfahren wird transparent und für die Antragsteller nachvollziehbar.“ Die endgültige Beschlussfas-

sung über die Projektliste soll deshalb in der Juni-Ratssitzung erfolgen, denn bis dahin dürften alle Unklarheiten beseitigt sein.

Was passiert nun mit den Maßnahmen, die nicht aus dem Konjunkturpaket finanziert werden können? Landen diese auf der „langen Bank“?

„Nein“, versichert Schulausschussvorsitzender Hermann Diekneite, der besonders auf die vielen Schulbauprojekte achtet: „Maßnahmen, die jetzt nicht realisiert werden können, werden sich in den regulären Investitionsprogrammen der Haushaltsjahre 2010 und 2011 wiederfinden. Außerdem werden wir die Prioritätenlisten ergänzen.“

Für die SPD-Fraktion steht fest, dass das Konjunkturpaket II eine zusätzliche riesige Chance zur Verbesserung und Erneuerung unserer Bildungseinrichtungen und der Infrastruktur bietet.

Das wird allen Dortmunderinnen und Dortmunder zu Gute kommen. Auch besteht die Chance, dass mit dem Konjunkturprogramm heimische Unternehmen gestützt und drohende Arbeitsplätze längerfristig gesichert werden können.

Faszination DO: offen und neugierig

OB-Kandidat Ullrich Sierau will die Potenziale der Westfalenmetropole weiter ausbauen

Dortmund ist eine Stadt mit großen Potenzialen. Ulli Sierau, SPD-Spitzenkandidat für das Amt des Oberbürgermeisters, will diese Möglichkeiten weiter ausschöpfen. Ulli Sierau, der mit 20 Jahren aus Niedersachsen nach Dortmund zum Studium kam, war von Anfang an begeistert von der Offenheit, Freundlichkeit und Neugier der Menschen in unserer Stadt.



OB-Kandidat Ulli Sierau im Gespräch mit Hombrocher Bürgern.

Stadtbezirk Hombroch passiert.“

Wie stellen Sie sich eine weitere Optimierung der Kinder- und Jugendarbeit im Stadtbezirk Hombroch vor?

„Wir müssen dringend darauf achten, dass die Kinder und die Jugendlichen mehr Angebote bekommen, dass sie mehr Möglichkeiten eingeräumt bekommen, sich auch selbst zu verwirklichen, oder sich selbst wenigstens einzubringen in ein Projekt.“

„Mehr Angebote für Kinder & Jugendliche“

Hombroch hat bei den Kindern und bei den Jugendlichen ein großes Potenzial.“

Mit dem Seniorenbüro hat die Stadt Dortmund eine Vorreiterrolle übernommen. Wie kann diese Arbeit fortent-

wickelt werden?

„Eben mit Seniorenbüros, auch mit Familienbüros, aber auch mit Nachbarschaftsagenturen beispielsweise. Das wäre ein neues Projekt. Hier wollen wir versuchen, die Infrastruktur, die soziale Infrastruktur, möglichst dezentral und möglichst nah an den Bewohnerinnen und Bewohnern der Stadt, bei den Menschen in der Stadt aufzubauen.“

Mit welchen Maßnahmen kann die Nahversorgung im Stadtbezirk, z. B. im Ortsteil Eichlinghofen, verbessert werden?

„Wir müssen sehen, dass es im Nahversorgungsbereich einen Strukturwandel gibt. Der führt dazu, dass einzelne Standorte aufgegeben werden. Wir machen Vorschläge und wir sprechen mit den Discountern, um diese Angebote vor Ort zu sichern oder neu zu schaffen.“

Wie könnte eine Lösung für die problematische Verkehrssituation in Dortmunds größtem Stadtbezirk aussehen?

„Für das Uni-Umland muss das Verkehrskonzept, was vor ca. 25 Jahren im Zusammenhang

mit dem damaligen Flächennutzungsplan entwickelt worden ist, endlich realisiert werden. Jetzt sind wir dabei, die Anbindung der NS 9 an die Emil-Figge-Straße im Zusammenhang mit dem B 1 / A 40-Neubau zu verwirklichen.“

„Talente fördern“

Wir werden auch die Baubeschlüsse des Rates umsetzen für den Ausbau Gadenkamp/Vogelthosweg. Die Stockumer Straße wird dadurch eine Entlastung bekommen. Für die Hagener Straße besteht die Vorstellung, dass wir ihren Querschnitt und ihre Ausbaugüte bald anpacken.“

Welchen Stellenwert hat die kommunale Sportförderung in Ihrem Konzept?

„Ich will versuchen ein Konzept zu entwickeln, das Unternehmen, die hier in Dortmund sitzen mit Akteuren an der Universität und mit Vereinen im Stadtgebiet zusammen bringt. Es ist ein Modell zu entwickeln, wie wir über Sponsoring aus der Tiefe des Breitensportes Talente fördern, um aus ihnen Spitzensportlerinnen und Spitzensportler zu machen, die dann leuchtendes Vorbild sind.“

Die sollen ihre sportliche Karriere machen, aber natürlich auch der lebende Anreiz für andere junge Menschen sein, sich sportlich zu betätigen.“

Sie nutzen das Internet? Sie haben E-Mail? Dann besuchen Sie uns unter www.spd-fraktion-dortmund.de und abonnieren Sie dort unseren aktuellen Newsletter!

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt: SPD-Fraktion im Rat der Stadt DO
Dr. Andreas Paust
Fraktionsgeschäftsführer
Friedensplatz 1
44135 Dortmund
Tel: 0231 / 574513 Fax: 579147
Email: fraktion@spd-fraktion-dortmund.de